Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

09.11.2014 Nr. 63

Inhalt:

Brise-kalender 2003	S. 01	SPD fordert Finanzausschuss	S. 05
Finanzloch 2003 im städtischen Haushalt	S. 01	Einstieg in die Nordtangente	S. 06
ADO-Arbeitsplätze	S. 02	Ausgaben für Städtepartnerschaften werden gekürzt	S. 07
Ministerin beim Verband behinderter Kinder	S. 03	Rücknahme der Kürzungen bei Zinnober gefordert	S. 07
Landesprogramm zur Schulsanierung	S. 03	Verdrehung der Wahrheit bei CDU bei Zinnober	S. 07
Warnung vor Ende der Kunstschule Zinnober	S. 04	Kommentar von Hans Brauer zur Landtagswahl	S. 08

Oktober 2002

Faszination der Kunst als Sprache ohne Worte

Verein „Brise" präsentierte den Kalender 2003 - Werke von Patienten der Jugendpsychatrie

Papenburg

Sturm und Regen konnten rund 60 Interessierte nicht davon abhalten, der Präsentation des neuen „Brise-Kalenders" beizuwohnen. Die Schirmherrin der Veranstaltung, Uschi Mersmann, hatte zu diesem Anlass in die Historisch-Ökologische Bildungsstätte geladen.

„Brise" nennt sich der Förderverein der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) in Aschendorf. Vor gut fünf Jahren gegründet, hat es sich der Verein zur Aufgabe gemacht, die Arbeit der KJP durch Angebote besonderer Therapieformen, Workshops, Tagungen, Symposien und eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Insgesamt „eine mehr als wertvolle Arbeit", beteuerte Uschi Mersmann in ihrem Grußwort.

In den Bereich Öffentlichkeitsarbeit fällt der mittlerweile schone bekannte „Brise-Kalender". Gestaltet mit den von Patienten der KJP gemalten Bildern, erscheint der Kalender nunmehr zum fünften Mal. Viel Arbeit habe die so genannte Kalendergruppe investiert, um das fertige Produkt jetzt zu präsentieren, so Dr. Filip Caby, Chefarzt der KJP. Dass dabei wahre Kunstwerke zu bestaunen sind, war übereinstimmende Meinung der anwesenden Gäste.

Er sei überzeugt von der Kunsttherapie, so Dr. Caby weiter, und dies nicht nur wegen der zum Teil mehr als achtenswerten Ergebnisse in Form der Bilder, sondern weil jeder die Sprache der Kunst spreche, und über dieses Medium eine Beziehung zwischen Therapeut und Patient gestaltet werden könne. Dabei gehe es nicht um vorschnelle Diagnosen, denn „bei einigen schrägen Bildern in der „richtigen Kunst" diagnostiziert man auch nicht gleich Schizophrenie", sondern um Faszination, um Auseinandersetzung mit der Sprache ohne Worte.

Zu erhalten ist der in einer Auflage von 250 Stück erschienene Kalender für 15 Euro im Papenburger Buchhandel, bei dem Verein Brise sowie im Internet unter der Adresse www. brise-kjp.de.

PROMINENTE GÄSTE präsentierten zusammen mit der Kalendergruppe der KJP den Brise-Kalender. Von links: Hans-Bernd Eissing, Buchhändler, MdL Bernd Busemann, CDU, Uschi Mersmann, Harry Klein, Chef der Johannesburg, MdL Peter Raske, SPD. Kniend: Utta Grote von der KJP, MdB Gitta Connemann, CDU, und Dr. Filip Caby, Chef der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Ems-Zeitung 29.10.2002

November 2002

Finanzloch 2003

Der erste Stadtrat Hans-Josef Hermanns erläuterte der SPD-Fraktion den Haushaltsansatz 2003. Die SPD war bestürzt über die finanzielle Situation der Stadt Papenburg. Ohne Einsparungen würde ein Haushaltsloch von über 6 Mio. Euro klaffen.

Auch in dem jetzt von der Verwaltung vorgeschlagenem Haushalt gab es einen Fehlbedarf von 2.6. Mio. Euro. Wie Hans-Josef Hermanns ausführte, würde ohne ein Konsolidierungskonzept der Haushalt vom Landkreis nicht genehmigt.

Die jetzige Finanzmisere war nach Auf-fassung der SPD-Fraktion zum Teil hausgemacht. Zum Beispiel führte die unüberlegte Planung der Verlagerung der Firma Biro für die Stadt zu einer erheblichen finanziellen Belastung. In der jetzigen Situation war auch ein Zuschuss für die Infrastrukturmaßnahmen für Kolbenschmidt nicht zu vertreten. Die SPD ging davon aus, dass ein so großer internationaler Konzern für die örtlichen Probleme Verständnis hatte.

Ebenso wurde versäumt, über eine vernünftige Gebührenordnung das Problem der Verschlickung des Hafens kostenneutral zu beheben.

Die CDU müsste der Bevölkerung endlich reinen Wein einschenken über die finanzielle Situation der Stadt, um dann die notwendigen langfristigen Konsolidierungsschritte vorzuschlagen.

Dezember 2002

ADO - Arbeitsplätze sind mittelfristig gesichert

Lob von Ministerin Dr. Knorre - Steigerungen im Export

Aschendorf (H. B.) Die ADO Gardinenwerke hoffen, auf der großen Fachmesse Anfang Januar 2003 in Frankfurt den Grundstein für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung legen zu können. „Unser gutes Exportgeschäft gleicht die Konsumschwäche auf dem deutschen Markt aus. Wir hoffen auf eine baldige Belebung ", erläuterte gestern ADO-Chef Klaus Wulf Wirtschaftsministerin Dr. Susanne Knorre die aktuelle Lage seines Unternehmens.

Auf dem deutschen Markt ist der ADO-Umsatz, der im vergangenen Jahr 112,5 Millionen Euro betrug und der im laufenden Jahr ein ähnlich hohes Volumen erreichen wird, um gut acht Prozent zurückgegangen. Diese Einbrüche könne man nur durch eine Mischkalkulation auffangen, meinte Klaus Wulf. Mehr und mehr habe man Aufträge nach Polen vergeben, um die Produktionskosten senken zu können.

Im Ausland gibt es weitere Produktionsstätten in den USA und in Indonesien. Bisher habe man es geschafft, trotz der Konsumschwäche die 830 Arbeitsplätze im Stammbetrieb in Aschendorf zu sichern. Zeitverträge, die in nächster Zeit ausliefen, würden allerdings nicht verlängert, hieß es. Weltweit beschäftigt die ADO-Unternehmensgruppe 1400 Mitarbeiter. Mit 52 Auszubildenden

Vom Garn bis zum fertigen Stoff

leistet ADO einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Qualifizierung junger Menschen.

Im Jahr 1954 legten Hubert und Marianne Wulf den Grundstein für die ADO Gardinenwerke in Aschendorf, die heute in Europa bei Gardinen und Dekostoffen Marktführer sind. Das Unternehmen wird heute von den Söhnen Andreas und Klaus Wulf geführt. Im Rahmen eines einstündigen Rundganges durch alle Produktionsbereiche informierte sich Ministerin Dr. Knorre über die Leistungsfähigkeit des vollstufigen Unternehmens, das von der Garnerzeugung bis zum fertigen Stoff alles selbst herstellt.

Positiv äußerte Ministerin Dr. Knorre sich auch zur wirtschaftlichen Entwicklung im Emsland. Das Land Niedersachsen müsse – wie alle anderen Länder auch – zwar sparen, doch könne der Kreis beim kommunalen Finanzausgleich noch immer mit beachtlichen Zuweisungen aus dem Landeshaushalt rechnen. Lob zollte die SPD-Politikerin den Bemühungen des Kreises, die Arbeitslosigkeit mit eigenen Programmen zu senken. Eine stärkere Beteiligung der Kommunen sollte bei der Neuordnung des Arbeitsmarktes auf jeden Fall angestrebt werden. „Diesen Sachverstand vor Ort muss man nutzen, wenn man dieses schwierige Problem in den Griff bekommen will", stellte Dr. Knorre fest.

ABTEILUNGSLEITER BERND FISCHER erläuterte Ministerin Dr. Knorre, Karin Stief-Kreihe (MdL), Firmenchef Klaus Wulf und Peter Raske (MdL) Einzelheiten der ADO-Produktion (von rechts).

Ems-Zeitung 03.12.2002

Den Eltern mehr Mut machen

Ministerin beim Verband behinderter Pflegekinder

PAPENBURG. Den Alltag einer Familie mit fünf behinderten Pflegekindern hat Niedersachsens Familienministerin Dr. Gitta Trauernicht in Papenburg-Aschendorf hautnah miterlebt. Dort informierte sie sich am Donnerstag über die Arbeit des Bundesverbandes behinderter Pflegekinder. „Ich bin tief beeindruckt, mit welch großem Engagement sich Menschen für die Schwächsten unserer Gesellschaft stark machen", sagte die Politikerin. Sie wolle gemeinsam mit dem Landesjugendamt dafür werben, dass die Jugendämter ihre Kontakte zum Verband verstärken.

Begleitet wurde die Ministerin Dr. Trauernicht unter anderem von den emsländischen SPD-Landtagsabgeordneten Karin Stief-Kreihe aus Meppen und Peter Raske aus Papenburg sowie dem Landtagskandidaten für den Wahlkreis 90, Klaus Fleer aus Börger. „Der Bundesverband behinderter Pflegekinder mit Sitz in Aschendorf hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kindern, die behindert sind und nicht in ihrer eigenen Familie leben können, das Aufwachsen in einer Pflegefamilie zu ermöglichen", erläuterte die Vorsitzende des Verbandes, Christa Schmitt, im Gespräch mit der Ministerin. In Zusammenarbeit mit den Pflegekinderdiensten der Jugendämter sucht ihr Verband bundesweit Eltern, die bereit sind, behinderte Kinder aufzunehmen. Der Verband berät die Kinder und Eltern, leistet Einzelfallhilfe, führt Tagungen, Seminare und Familientreffen durch und gibt die Zeitschrift „mittendrin" heraus.

„Ich möchte Eltern Mut machen, sich behinderter Pflegekinder anzunehmen", sagte Ministerin Dr. Trauernicht. Insbesondere Pflegekinder mit geistiger Behinderung lebten fast ausschließlich in einer Langzeit- oder Dauerpflegestelle, das bedeute, die Pflegeeltern seien „Ersatzfamilie". „Eine große und zugleich sehr schöne Herausforderung", so die Ministerin.

Dr. Trauernicht kündigte an, dass der Verband für ein Regionaltreffen der niedersächsischen Pflegefamilien im nächsten Jahr 3000 Euro Unterstützung bekommen wird. 20 bis 30 Pflegefamilien und deren behinderte Kinder können während des Treffens ihre Erfahrungen austauschen und daraus gegenseitige Unterstützung erfahren.

Der Bundesverband behinderter Pflegekinder hat folgende Adresse: Große Straße 100, 26871 Papenburg-Aschendorf,Telefonisch ist er über die Nummer 0 49 62/10 33 oder 62 23 (Fax: 0 49 62/66 26) zu erreichen. Die e-mail-Adresse lautet: BV-Pflegekinder@gmx.de.

Der Wecker 08.12.2002

500 Mio. Euro für Schulsanierung und Handwerksaufträge

Die Landesregierung wollte die Kommunen bei der Finanzierung der notwendigen baulichen Verbesserungsmaßnahmen ihrer Schulgebäude massiv unterstützen. Auf dieses Sanierungsprogramm machte Peter Raske, MdL, die Kommunen im Emsland aufmerksam. Die notwenigen Sanierungsmaßnahmen, die je zur Hälfte vom Land und den Kommunen getragen würden, sollten mit dem Programm vorgezogen werden.

Bau, Instandhaltung und Ausstattung der Schulen waren normaler Weise Sache der Schulträger. Deren finanzielle Leistungsfähigkeit war damals sehr begrenzt. Deshalb beteiligte sich das Land in den letzten Jahren im Rahmen verschiedener Förderprogramme und Initiativen wie Moderne Schule, der Multimedia-Initiative oder auch ganz aktuell mit dem Aktionsprogramm n-21 mit beträchtlichen Mitteln an dieser kommunalen Aufgabe.

Das Schulbausanierungsprogramm verfolgte die Ziele der Verbesserung des baulichen Zustands der Schulgebäude und wollte Beschäftigungsimpulse für das regionale Baugewerbe und Handwerk liefern.

Peter Raske teilte mit, dass die Laufzeit fünf Jahre für ein Finanzvolumen von 100 Mio. Euro jährlich betrug. Die Mittel

würden zur Hälfte vom Land zur Verfügung gestellt, ein gleich hoher Betrag wurde von den Kommunen erwartet. Sie könnten ihren Anteil zur Schulsanierung aus den in den Haushalten vorgesehenen Mitteln einsetzen oder ihre Haushalte entsprechend ausweiten und mit den Sanierungsmaßnahmen am 01.01.2003 beginnen. Da es sich um rentierliche Investitionen handelte, würden sie die Genehmigung der Kommunalaufsicht erhalten. Die Mittelverteilung erfolgte über den kommunalen Finanzausgleich mit einer Quotierung nach Schüler-Kopf-Zahl. Die Mittel sollten zweckgebunden zur Sanierung von bestehenden Schulgebäuden eingesetzt werden.

„Dieses Programm ergänzt die bildungspolitischen Anstrengungen der Landesregierung;“ so Peter Raske. Er bat alle Schulträger im Altkreis Aschendorf-Hümmling dieses Programm zu nutzen und möglichst schnell Anträge zu stellen. Schon lange vor der PISA-Studie erkannte Niedersachsen, dass die Schulen qualitativ und quantitativ gestärkt werden müssten. Die Ergebnisse der internationalen Schülerleistungs-Vergleichs-studie hätten die Richtigkeit dieser Anstrengungen bestätigt.

Land gibt Hilfen bei der Sanierung von Schulen

Peter Raske: Ab 2003 sind 500 Mio. Euro eingeplant

Papenburg Der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Raske macht die Kommunen im Altkreis Aschendorf-Hümmling aufmerksam auf ein Sanierungsprogramm für öffentliche Schulen. Die Landesregierung will die Kommunen bei der Finanzierung der notwendigen baulichen Verbesserungsmaßnahmen ihrer Schulgebäude massiv unterstützen. Mit einem Schulsanierungsprogramm, das je zur Hälfte vom Land und den Kommunen getragen wird, sollen notwendige Schulsanierungsmaßnahmen vorgezogen werden.

Bau, Instandhaltung und Ausstattung der Schulen sind Sache der Schulträger. Deren finanzielle Leistungsfähigkeit ist zurzeit sehr begrenzt. Deshalb hat sich das Land in den letzten Jahren im Rahmen verschiedener Förderprogramme und Initiativen wie Moderne Schule, der Multimedia-Initiative oder auch ganz aktuell mit dem Aktionsprogramm n-21 mit beträchtlichen Mitteln an dieser kommunalen Aufgabe beteiligt.

Das Schulbausanierungsprogramm verfolgt die Ziele der Verbesserung des baulichen Zustands der Schulgebäude und will Beschäftigungsimpulse für das regionale Baugewerbe und Handwerk liefern. Peter Raske teilt mit, dass die Laufzeit fünf Jahre beträgt. Das Finanzvolumen betrage 100 Mio. Euro jährlich. Die Mittel werden zur Hälfte vom Land zur Verfügung gestellt, ein gleich hoher Betrag wird von den Kommunen erwartet.

Die Kommunen können ihren Anteil zur Schulsanierung aus den in den Haushalten vorgesehenen Mitteln einsetzen oder ihre Haushalte entsprechend ausweiten. Sie können mit den Sanierungsmaßnahmen am 1. 1. 2003 beginnen. Da es sich um rentierliche Investitionen handelt, werden sie die Genehmigung der Kommunalaufsicht erhalten. Die Mittelverteilung erfolgt über den kommunalen Finanzausgleich mit einer Quotierung nach Schüler-Kopf-Zahl. Die Mittel sollen zweckgebunden zur Sanierung von bestehenden Schulgebäuden eingesetzt werden.

„Dieses Programm ergänzt die bildungspolitischen Anstrengungen der Landesregierung“, so Peter Raske. Er bittet alle Schulträger im Altkreis Aschendorf-Hümmling, dieses Programm zu nutzen und möglichst schnell Anträge zu stellen. Schon lange vor der PISA-Studie habe Niedersachsen erkannt, dass die Schulen qualitativ und quantitativ gestärkt werden müssen. Die Ergebnisse der internationalen Schülerleistungs-Vergleichs-studie haben die Richtigkeit dieser Anstrengungen bestätigt.

Geld für Schulen

Papenburg. Der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Raske hat die Kommunen im Emsland aufgefordert, das von der Landesregierung zu Beginn des kommenden Jahres angebotene Sanierungsprogramm (500 Mio. Euro) für Schulen zu nutzen. Die Mittelverteilung erfolgt über den kommunalen Finanzausgleich mit einer Quotierung nach der Schülerkopfzahl. Land und kommunale Träger teilen sich die Kosten je zur Hälfte. Mit dem Programm soll vor allen Dingen auch die Bauwirtschaft gestützt werden.

Ems-Zeitung 09.12.2002

Warnung vor Ende der Kunstschule Zinnober

Trotz der angespannten Haushaltslage sprach sich Peter Raske, MdL, für die Fortführung der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Papenburg aus. Einsparungen dürften nicht zur Zerstörung von gewachsenen Strukturen führen. Eine Kahlschlagsanierung des Haushalts bereitete langfristig größere Probleme als sie kurzfristige Entlastung brächte.

Zu den wichtigen Kultureinrichtungen von Papenburg gehörte neben der Musikschule auch die Kunstschule Zinnober, die trotz finanzieller Deckelung ständig steigende Teilnehmerzahlen auf jetzt fast 800 Teilnehmer verzeichnete. Jugendkulturarbeit war neben kultureller Bildung immer auch ein Stück Sozialarbeit. "Kreatives Gestalten und künstlerische Betätigung ist die beste Prävention gegen Gewalt und Kriminalität aus Langeweile;" so Peter Raske.

Die CDU sollte ihre Streichvorschläge noch einmal überdenken, forderte er und auf solche Streichungen verzichten, die durch Einsparung von Personalkosten das Ende bewährter Einrichtungen der Jugendarbeit herbeiführten.

Sollten die Zuschüsse für die Malschule gestrichen werden, so bedeutete dies neben dem Wegfall von 2 Arbeitsstellen und ca. 15 Honorarkräfte auch den Wegfall von sinnvoller, kreativer

Freizeitgestaltung für mehr als 800 Kinder und Jugendliche. Damit würde ein Stück präventiver Jugendarbeit zerstört. Was in 13 Jahren aufgebaut wurde, ließe sich nicht sofort wieder neu aufbauen, wenn wieder mehr Geld zur Verfügung stehen sollte. Gleichzeitig verzichtete die Stadt auf finanzielle Förderung durch das Land, die von den Mitarbeitern für Projekte eingeworben würden.

Gerade erst erhielt über das Landesprogramm N 21 die Kunstschule die Ausstattung einer Medienwerkstatt. Die jetzt für 2003 anstehende und schon bewilligte Förderung der Schulung der Mitarbeiter könnte durch die Kürzungen ebenso gefährdet werden wie ein weiteres vom Land Niedersachsen gefördertes Kinder-Kunst-Projekt und auch die ganz normale Kursarbeit.

Raske warnt vor Ende der Kunstschule „Zinnober“

Einsparungen zerstören Kinder - und Jugendkulturarbeit

Papenburg Trotz der angespannten Haushaltslage spricht sich Peter Raske, MdL, für die Fortführung der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Papenburg aus. Einsparungen dürfen nicht zur Zerstörung von gewachsenen Strukturen führen. Eine Kahlschlagsanierung des Haushalts bereitet langfristig größere Probleme als dass sie kurzfristig Entlastung bringt.

Zu den wichtigen Kultureinrichtungen von Papenburg gehört neben der Musikschule auch die Kunstschule Zinnober, die trotz finanzieller Deckelung ständig steigende Teilnehmerzahlen auf jetzt fast 800 Teilnehmer zu verzeichnen hat. Jugendkulturarbeit ist neben kultureller Bildung immer auch ein Stück Sozialarbeit. „Kreatives Gestalten und künstlerische Betätigung ist die beste Prävention gegen Gewalt und Kriminalität aus Langeweile“, so Peter Raske.

Die CDU sollte ihre Streichvorschläge noch einmal überdenken, fordert Peter Raske, und auf solche Streichungen verzichten, die durch Einsparung von Personalkosten das Ende bewährter Einrichtungen der Jugendarbeit herbeiführen. Sollten die Zuschüsse für die Malschule gestrichen werden, so bedeute dies neben dem Wegfall von zwei Arbeitsstellen und zirka 15 Honorarkräften auch den Wegfall von sinnvoller, kreativer Freizeitgestaltung für mehr als 800 Kinder und Jugendliche. „Damit wird ein Stück präventiver Jugendarbeit zerstört“, schreibt Raske in einer Pressemitteilung. Was in 13 Jahren aufgebaut wurde, lasse sich nicht sofort wieder neu aufbauen, wenn einmal mehr Geld zur Verfügung stehen sollte. Gleichzeitig verzichtet die Stadt auf finanzielle Förderung durch das Land, die von den Mitarbeitern für Projekte eingeworben werden.

Gerade erst hat über das Landesprogramm N 21 die Kunstschule die Ausstattung einer Medienwerkstatt erhalten. Die jetzt für 2003 anstehende und schon bewilligte Förderung der Schulung der Mitarbeiter könnte durch die Kürzungen ebenso gefährdet werden wie ein weiteres vom Land Niedersachsen gefördertes Kinder-Kunst-Projekt und auch die ganz normale Kursarbeit.

Ems-Zeitung 12.12.2002

Raske warnt vor Ende der Kunstschule

Kinder- und Jugendkulturarbeit fortsetzen

PAPENBURG. Trotz der angespannten Haushaltslage spricht sich Peter Raske, MdL, für die Fortführung der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Papenburg aus. Eine Kahlschlagsanierung des Haushalts bereite langfristig größere Probleme als sie kurzfristig Entlastung brächten.

Zu den wichtigen Kultureinrichtungen von Papenburg gehört neben der Musikschule auch die Kunstschule Zinnober, die trotz finanzieller Deckelung ständig steigende Teilnehmerzahlen auf jetzt fast 800 Teilnehmer zu verzeichnen hat. „Jugendkulturarbeit ist neben kultureller Bildung immer auch ein Stück Sozialarbeit. Kreatives Gestalten und künstlerische Betätigung ist die beste Prävention gegen Gewalt und Kriminalität aus Langeweile,“ so Peter Raske.

Die CDU solle ihre Vorschläge noch einmal überdenken und auf solche Streichungen verzichten, die durch Einsparung von Personalkosten das Ende bewährter Einrichtungen der Jugendarbeit herbeiführten, fordert Peter Raske

Sollten die Zuschüsse für die Malschule gestrichen werden, so bedeute dies neben dem Wegfall von zwei Arbeitsstellen und 15 Honorarkräften auch den Wegfall von kreativer Freizeitgestaltung für über 800 Kinder und Jugendliche. „Damit wird ein Stück präventiver Jugendarbeit zerstört“, so Raske. Gleichzeitig verzichte die Stadt auf finanzielle Förderung durch das Land, die von den Mitarbeitern für Projekte eingeworben würden.

Gerade erst hat über das Landesprogramm N 21 die Kunstschule die Ausstattung einer Medienwerkstatt erhalten. Die jetzt für 2003 anstehende und schon bewilligte Förderung der Schulung der Mitarbeiter könnte durch die Kürzungen ebenso gefährdet werden wie ein weiteres vom Land Niedersachsen gefördertes Kinder-Kunst-Projekt und auch die ganz normale Kursarbeit.

General Anzeiger 13.12.2002

SPD fordert Finanzausschuss

Die SPD-Fraktion kritisierte die CDU wegen ihrer Haltung bei der Gewerbesteuer. Sie forderte die sofortige Einsetzung eines Finanzausschusses, der Vorschläge für die langfristige Sanierung des Haushalts erarbeiten und die Ausgabenpolitik der Stadt begleiten sollte.

Auf Unverständnis stieß die Forderung der CDU, bei der Anhebung der Realsteuersätze die Gewerbesteuer auszusparen. Ein maßvoll angepasster Hebesatz der Gewerbesteuer könnte Mehreinnahmen von fast 250.000 € erbringen. Bei einer Anhebung des Gewerbesteuersatzes von jetzt 335 % auf 350 % befände sich die Stadt Papenburg auf gleicher Höhe mit Leer und Lingen und läge niedriger als Emden, Aurich und Norden.

Bei der aktuellen Diskussion über Sparpolitik müsste eine gerechte Verteilung der Lasten oberstes Gebot sein. Die SPD-Fraktion war bereit, ihren Beitrag durch die Einsparung bei den Sitzungsgeldern um einen Euro zu leisten. Dies führte zwar nicht zu großen Einsparungen. Die SPD-Ratsmitglieder waren jedoch bereit, diesen symbolischen Beitrag zu leisten.

Bei der Hundesteuersatzung und den von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhungen wünschte die SPD, dass diese Gelder zweckgebunden für eine Verbesserung des Tierasyls bzw. für ein Tierheim verwendet würden. Wenn die Hundesteuer für ein vernünftiges Tierheim verwendet würde, wären Hundebesitzer nach Auffassung der SPD auch dazu bereit, eine notwendige Erhöhung der Hundesteuer mitzutragen. Damit könnte bei dieser Abgabe auch eine Steuerehrlichkeit erreicht werden.

Die SPD kritisierte die CDU, die aus Wahlgesichtspunkten die Situation des Landes schlecht redete, ohne dabei zu bedenken, dass sie dadurch bei der Bevölkerung Ängste schürte, die zur Kaufzurückhaltung und damit fehlenden Steuereinnahmen führten.

Im Übrigen war die jetzige Finanzmisere in Papenburg nach Auffassung der SPD-Fraktion zum Teil auch hausgemacht und von der CDU zu verantworten.

Einstieg in die Nordtangente

Während der Plenumsitzung im Niedersächsischen Landtag unterhielten sich die SPD-Abgeordneten Karin Stief-Kreihe, Meppen, und Peter Raske, Papenburg, über Fragen der Wirtschaftsförderung im Emsland mit der Wirtschaftsministerin Susanne Knorre. Sie konnten der Ministerin ihre Wünsche für das Emsland vortragen. In diesem Gespräch teilte sie ihnen mit, dass für die Verbindungsstraße zwischen Flachsmeerstraße und Osterkanal Finanzhilfe nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gesichert war.

Die zahlreichen Gesprächen, die Karin Stief-Kreihe am Rande der Plenarsitzungen des Niedersächsischen Landtages mit der Wirtschaftsministerin schon geführt hatte, waren wieder einmal von Erfolg gekrönt. Susanne Knorre freute sich, mitteilen zu können, dass das Straßenbauprojekt Verbindungsstraße zwischen Flachsmeerstraße und Osterkanal in das Bauprogramm 2003 aufgenommen werden konnte. Damit war ein Einstieg in die Nordtangente möglich. Die GVFG-Finanzierung war nunmehr gesichert. Im Einzelnen war vorgesehen, das Vorhaben mit 2.107.500 Euro zu bezuschussen. Damit würde die Stadt Papenburg in einem weiteren Projekt vom Land Niedersachsen unterstützt.

Peter Raske freute sich, dass dieser Beschluss noch vor Weihnachten zustande gekommen war. Dies wäre ein Weihnachtsgeschenk für die Stadt Papenburg.

Während der Plenumsitzung im Niedersächsischen Landtag unterhielten sich die SPD-Abgeordneten **Karin Stief-Kreihe** und **Peter Raske** über Fragen der Wirtschaftsförderung im Emsland mit der Wirtschaftsministerin **Susanne Knorre**. Sie konnten der Ministerin ihre Wünsche für das Emsland vortragen. In diesem Gespräch teilte die Wirtschaftsministerin ihnen mit, dass für die Verbindungsstraße zwischen Flachsmeerstraße und Osterkanal Finanzhilfe nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gesichert ist. Susanne Knorre freute sich, mitteilen zu können, dass das Straßenbauprojekt Verbindungsstraße zwischen Flachsmeerstraße und Osterkanal in das Bauprogramm 2003 aufgenommen werden konnte. Damit ist ein Einstieg in die Nordtangente möglich. Die GVFG-Finanzierung ist nunmehr gesichert. Im Einzelnen ist vorgesehen, das Vorhaben mit 2.107.500 Euro zu bezuschussen.

Sonntags Report 15.12.2002

2,1 Millionen für Nordtangente

Knorre: Finanzhilfe ist gesichert

Papenburg/Hannover In einem Gespräch mit den emsländischen SPD-Landtagsabgeordneten Karin Stief-Kreihe und Peter Raske, teilte die Niedersächsische Wirtschaftsministerin Susanne Knorre mit, dass für die Verbindungsstraße zwischen Flachsmeerstraße und Osterkanal Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gesichert sind.

Susanne Knorre freute sich, mitteilen zu können, dass das Straßenbauprojekt Verbindungsstraße zwischen Flachsmeerstraße und Osterkanal in das Bauprogramm 2003 aufgenommen werden konnte. Damit ist ein Einstieg in die Nordtangente möglich. Die GVFG-Finanzierung ist nunmehr gesichert. Im Einzelnen ist vorgesehen, das Vorhaben mit 2 107 500 Euro zu bezuschussen. Damit wird die Stadt Papenburg in einem weiteren Projekt vom Land Niedersachsen unterstützt.

Peter Raske freute sich, dass dieser Beschluss noch vor Weihnachten zustande gekommen ist. Dies sei ein Weihnachtsgeschenk für die Stadt Papenburg.

Ems-Zeitung 16.12.2002

Januar 2003

Für Fortsetzung der Städtepartnerschaft mit Rochefort und Proganitschny

In einem Gespräch mit dem Kämmerer Hermanns und dem designierten ersten Stadtrat Jungclaus wurde die Haushaltssituation von Papenburg nach dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst erörtert.

Hermanns erklärte, dass auf die Stadt für 2003 eine Mehrbelastung durch den Tarifabschluss von rund 150.000 Euro zukommen würde. Unabhängig davon müsste nach dem Beschluss des Sparkonzeptes durch die CDU die Verwaltung rund 540.000 Euro einsparen. Legte man für diesen Betrag Personaleinsparungen zugrunde, so wären das 10 bis 15 Personalstellen. Die SPD formulierte noch einmal ihr Unverständnis darüber, dass die CDU gegen den Rat der Verwaltung bei der Anhebung der Realsteuersätze die Gewerbesteuer ausgespart hatte. Ein maßvoll angepasster Hebesatz der Gewerbesteuer hätte Mehreinnahmen von mehr als 250.000 € einbringen können. Damit hätte man den Kahlschlag in einigen Bereichen verhindern können.

Von der Einsparung betroffen waren auch die Städtepartnerschaften. Für die Städtepartnerschaft mit Rochefort würde 2003 die Hälfte der Zuschüsse gestrichen. Ob ein Jugendaustausch mit Proganitschny 2003 möglich wäre, hing davon ab, ob die Stadt dafür einen Zuschuss aus dem Jugendbereich bereit stellte, erklärte SPD-Ratsherr Günther Klein. Bisher gab es trotz Forderungen der SPD für diesen Austausch keinen eigenen Haushaltstitel. Trotz der Haushaltsmisere müssten nach Auffassung der SPD die Städtepartnerschaften weiter gepflegt werden. In diesem Zusammenhang wurde kritisiert, dass der Bürgermeister in den letzten Jahren Proganitschny nicht besucht hatte, während deren Bürgermeister mehrmals Papenburg besuchte. „Die deutsch-russische Partnerschaft dürfte nicht nur ein Lippenbekenntnis auf Verwaltungsebene bleiben, sondern müsse gelebt werden;“ so Hans-Werner Gouterney.

Die SPD forderte die Bereitstellung von Mitteln für den Austausch mit der Partnergemeinde Proganitschny. Damit könnte der Kinder- und Jugendaustausch des Fördervereins für deutsch-russische Zusammenarbeit e.V. unterstützt werden.

Rücknahme der Kürzungen bei Zinnober

Dr. Krieger informierte die Fraktion aus SPD und GRÜNEN über die Möglichkeiten der Rettung der Kunstschule Zinnober durch Einsparungen im dortigen Personalbereich. Für SPD und Grüne war es ein Zeichen unverantwortlicher Politik der CDU, wie sie eine über zehnjährigen erfolgreiche Kinder- und Jugendeinrichtung kaputt sparte.

Trotz der angespannten Haushaltslage sprachen sie sich für eine Fortführung der Kunstschule in Papenburg im bisherigen Umfang aus. Einsparungen dürften nicht zur Zerstörung von gewachsenen Strukturen führen. Eine Kahlschlagsanierung des Haushalts bereitete langfristig größere Probleme als sie kurzfristig Entlastung brächte. „Die Kürzung bei der Kunstschule Zinnober ist nicht zu verantworten;“ so Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel. Der Vorschlag zur Rettung der Kunstschule wäre nur ein fauler Kompromiss, der langfristig keine Lösung und keinen Fortbestand der Kunstschule sicherte.

Die Malschule Zinnober, die trotz finanzieller Deckelung ständig steigende Teilnehmerzahlen verzeichnete, vermittelte neben kultureller Bildung immer auch ein Stück Sozialarbeit. Wenn die Kunstschule Zinnober geschlossen würde, so bedeutete dies neben dem Wegfall von 2 Arbeitsstellen und ca. 15 Honorarkräften auch den Wegfall von sinnvoller, kreativer Freizeitgestaltung für mehr als 800 Kinder und Jugendliche. Gottfried Sandmann fragte sich, ob der CDU die Tragweite ihrer Sparbeschlüsse überhaupt bewusst wäre: „Wurde schon einmal durchgerechnet, welche Kosten für die Stadt entstehen bei der Zerschlagung von Zinnober angefangen bei Abfindungen bei Kündigung für langfristig Beschäftigte bis hin zu Steuerausfällen und Kaufkraftverlust u.a.?“

Schon allein dadurch, dass die langfristige Perspektive der Kunstschule Zinnober infrage gestellt wurde, zerschlüge man gewachsene Strukturen. So konnte man davon ausgehen, dass die Leiterin der Kunstschule sich anders wohin orientieren würde. Damit verlöre die Malschule ihre Verbindung zum Landesverband der Kunstschulen in Niedersachsen und die Professionalität für die Leitung und Koordination engagierter Projektarbeit. Aus diesem Grund konnte die Fraktion Vorschläge der Verwaltung zur Rettung der Kunstschule nicht mittragen. „Dies ist ein fauler Kompromiss, der zu keiner langfristigen Lösung führt“, so Barbara Gruner. Befristete Projektmittel aus der Umweltstiftung könnten die Einsparung der Personalstelle nicht verhindern. Auch die Kürzung der Honorarsätze um 10 Prozent wäre unsozial vor dem Hinter-grund, dass bei den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes gerade Gehaltserhöhungen vereinbart wurden.

SPD und Grüne forderten die CDU auf, die Kürzungen bei der Kunstschule Zinnober zurückzunehmen.

Verdrehung der Wahrheit beim Rettungsversuch der Kunstschule

Die Ratsmitglieder von SPD und GRÜNEN kritisierten die zynische Argumentation der CDU, dass ihre Sparpolitik erste Erfolge zeigte, wie das Beispiel der „Rettung“ von Zinnober darlege.

„Wenn die CDU behauptet, die Rettung der Kunstschule Zinnober sei ein erster Erfolg des Sparkurses der CDU, so streut sie den Bürgern Sand in die Augen,“ so Roland Seemann. Mit der kurzfristigen Überbrückung durch die Umweltstiftung war die Kunstschule nicht gerettet. Im Gegenteil, die CDU hielt ihre Kürzungen im ursprünglichen Umfang aufrecht. Das bedeutete weitere Kürzungen der Stadt Papenburg 2004 im Umfang einer halben Personalstelle.

Wenn die Kunstschule ihren Betrieb dieses Jahr nicht einstellen musste, dann sorgten dafür die Malschule selber und die Umweltstiftung gesorgt. Zur „Rettung“ trugen bei das hauptamtliche Personal, indem eine Mitarbeiterin auf eine hohe Abfindung bei der Kündigung verzichtete, Honorarkräfte, die mit Kürzungen ihrer Honorarsätze einverstanden waren, die Eltern, die höhere Kursgebühren bezahlen mussten und nicht zuletzt die Kinder in, die auf kulturpädagogische Angebote verzichten mussten. Die CDU trug zur „Rettung“ nichts bei.

Für Gottfried Sandmann wurde die Dreistigkeit, mit der sich die CDU für die „Rettung“ der Kunstschule rühmte, nur noch übertroffen durch die Art und Weise, wie sie einer öffentlichen Diskussion aus dem Wege ging. Mit dem Trick, die Diskussion über die Kunstschule in den nicht-öffentlichen Teil der Kulturausschusssitzung zu verlegen, weil es um eine Personalentscheidung ging, vermied sie, dass ihre Argumentation zur Kunstschule öffentlich wurde. Die Fraktion bezweifelte die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidung für den nichtöffentlichen Teil, weil es um eine Streichung einer halben Personalstelle ging, nicht aber um eine konkrete Personalentscheidung. Deshalb beantragte die Fraktion den Landkreis Emsland als Aufsichtsbehörde die Rechtsmäßigkeit der Vorgehensweise zu überprüfen. Wie wenig die CDU an einer öffentlichen Diskussion über den Bestand von Zinnober interessiert war, wurde nach Auffassung von Hartmut Bugiel auch dadurch sichtbar, dass kein CDU-Ratsherr die Abendveranstaltung mit dem Landesvorsitzenden der Kunstschulen besuchte, um sich dort einer öffentlichen Diskussion über ihren Anteil an der „Rettung“ zu stellen.

SPD und Grüne forderten weiterhin, die Kürzungen bei der Kunstschule Zinnober zurückzunehmen, weil nur so ein langfristiger Bestand der Einrichtung gewährleistet wäre.

Februar 2003

Landtagswahl im nördlichen Emsland

Wieder in der ersten Reihe?

Von Hans Brauer

Wahltag ist Zahltag. Morgen entscheiden die Wähler in Hessen und Niedersachsen, wer sie in der nächsten fünf Jahren regieren soll. Maßstab für das Urteil des Bürgers ist aber weniger die Landes- als vielmehr die Bundespolitik. Der Irakkonflikt, die Gesundheitspolitik und besonders die Wirtschafts- und Finanzprobleme standen im Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzungen. Das kann man bedauern, aber ändern lässt es sich wohl nicht.

Im CDU-dominierten Emsland hofft die Mehrheit der Bevölkerung auf einen Regierungswechsel in Hannover. Glaubt man den Umfragen, dann können CDU und FDP die Wende auch durchaus schaffen. Mit Bernd Busemann, der als Kultusminister in einem Kabinett Wulff vorgesehen ist, säße das Emsland im Leineschloss nach 13 Jahren wieder in der ersten Reihe.

Für eine strategische Allianz, die mittel- und langfristig trägt, wäre es für die CDU sehr wichtig, wenn die Liberalen wieder im Landtag vertreten wären. Ein anderer Koalitionspartner steht auf lange Sicht ohnehin nicht zur Verfügung, und absolute Mehrheiten – das weiß man aus Erfahrung – sind in Niedersachsen sehr selten zu haben.

Im Übrigen darf festgestellt werden, dass sich Hermann-Josef Averdung persönlich sehr stark in diesem Wahlkampf engagiert hat. Sein Einsatz verdient durchaus Respekt, selbst wenn die Konkurrenz spottete, Averdung werde kaum mehr Stimmen erhalten, als Plakate von ihm an den Bäumen hängen.

Mit Wehmut erinnert sich die hiesige SPD in diesen Tagen an den Landtagswahlkampf 1998, als Gerhard Schröder Spitzenkandidat war und sich als Kanzlerkandidat seiner Partei empfahl. Mit Schröder, der Ostfriesen und Emsländern ein Sperrwerk in der Ems „baute“, kam die SPD regelrecht in einen Erfolgsrausch, der es schließlich möglich machte, dass Sozialdemokraten bei einer Wahl in Papenburg erstmals die Mehrheit der Stimmen errangen.

Von dieser Begeisterung ist nichts mehr zu spüren. Die SPD hat im nördlichen Emsland trotz des Einsatzes ihres Kandidaten Klaus Fleer keinen besonders aufregenden Wahlkampf hingelegt. Während in den Wahlkreisen von Elke Müller (Lingen) und Karin Stief-Kreihe (Meppen) sich die Minister die Klinke in die Hand gaben, ging Klaus Fleer, der Bürgermeister von Börger, nahezu leer aus. Auch Peter Raske aus Papenburg, der erst vor wenigen Wochen in den Landtag nachrückte, hat wenig zur Unterstützung seines Nachfolger getan.

Still blieb es auch um den Grünen-Kandidaten Ekkehard Domning aus Sögel, der ebenfalls von der Landespartei, aber auch von seinen Parteifreunden im Emsland weitgehend im Stich gelassen wurde. Domning wurde sehr kurzfristig nominiert. Er hat – obendrein ohne kommunalpolitische Kompetenz – so kaum eine Chance, noch wirkungsvoll in die politischen Debatten einzugreifen. Hätte es nicht die VHS-Podiumsdiskussion gegeben, dann hätte der Wähler kaum eine Chance gehabt, diesen Kandidaten im Wahlkampf überhaupt zu Gesicht zu bekommen.

Ems-Zeitung 01.02.2003